

Freiheit bewahren, Sicherheit gewährleisten, Kriminalität bekämpfen

Herausforderungen des Rechtsstaats

Der Rechtsstaat ist eine große Errungenschaft und das Regelwerk einer offenen Gesellschaft. Er gewährleistet individuelle Freiheit, die Verlässlichkeit der Gesetze und deren staatliche Durchsetzung. Der liberale Rechtsstaat ist ein schlanker Staat, der sich nicht in das Privatleben seiner Bürger einmischt. Aber er ist dabei auch ein starker Staat, wenn es um seine Kernaufgaben geht. Elementarer Bestandteil dieser Kernaufgaben ist die Durchsetzung der Rechtsordnung, die der Staat mit seinem Gewaltmonopol sichert. Die Bürgerrechte jedes Einzelnen brauchen einen Rechtsstaat in guter Verfassung.

Internationaler Terrorismus, anwachsende Gewalt politischer und religiöser Extremisten und neue Formen der Kriminalität bedrohen unsere freie und offene Gesellschaftsordnung. Insbesondere die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten haben viele Bürger verunsichert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat erheblich beeinträchtigt. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Aus der Verunsicherung darf keine dauerhafte Vertrauenskrise werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat nicht nur überall gilt, sondern in jedem Winkel unseres Landes auch durchgesetzt wird.

Die Freien Demokraten wollen diese Aufgabe nicht mit einer Flut neuer Gesetze beantworten, sondern die bestehenden Gesetze zum Schutz der Menschen konsequent anwenden. Darum lehnen wir etwa anlasslose Vorratsdatenspeicherung ebenso ab wie flächendeckende Videoüberwachung. Dort, wo erkennbare Gesetzeslücken bestehen, wollen wir anlassbezogen und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit die Sicherheitsarchitektur ergänzen. Aber der Vollzug bestehender Gesetze hat dabei stets Vorrang vor neuen Gesetzen.

In Nordrhein-Westfalen ist die rot-grüne Landesregierung erkennbar nicht in der Lage, den Rechtsstaat ausreichend zu sichern. Die Einbruchskriminalität in NRW ist seit 2010 um 39% gestiegen, die Organisierte Kriminalität wächst stetig. Gewalttätige Clanstrukturen und Rockerclubs beherrschen vielerorts das Rotlicht- und Drogenmilieu. Die Szene der dschihadistischen Salafisten, die offen mit dem Terror sympathisieren, breitet sich gerade in NRW besonders stark aus. Ethnisch geprägte Banden drohen Straßenzüge zu kontrollieren und eine Paralleljustiz zu etablieren. Einzelne Brennpunkte werden zu No-Go-Areas, in die sich selbst die Polizei kaum mehr hinein traut.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung Probleme mit allein reisenden jungen Männern aus dem Maghreb trotz wiederholter Warnungen der FDP-Opposition völlig unterschätzt und nur unzureichend reagiert hat. Der hohe Anteil der Verdächtigen aus der Silvesternacht aus genau dieser Problemgruppe verdeutlicht die Ignoranz der Landesregierung. Sie trägt dazu bei, dass durch Straftaten einer kleinen Minderheit unter den Migranten die Akzeptanz für Einwanderung und Flüchtlinge in der Bevölkerung insgesamt leidet.

Stattdessen setzt die Landesregierung auf falsche Prioritäten und Showeffekte. Hierbei werden oft unzählige Arbeitsstunden der Polizei vergeudet, die stattdessen für wirkungsvolle Fahndungs- und Ermittlungsarbeit gegen Täter dringend benötigt werden. Nachhaltig unwirksame PR-Aktionen wie Blitz-Marathons und Einbruchs-Aktionstage sind daher umgehend zu unterlassen.

Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen verlangen eine Kurskorrektur, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat wiederherzustellen. Essenzielle Bausteine müssen dabei gute Polizeipräsenz, wirksame Kriminalprävention, schnelle Reaktion, schlagkräftige Ermittlungen, spürbare Sanktionen und konsequenter Vollzug sein.

Polizei stärken und handlungsfähiger machen

Grundlage für ein sicheres Nordrhein-Westfalen ist eine effiziente Polizei. Die Freien Demokraten wollen eine bürgernahe Polizei, die als Freund und Helfer, kompetenter Ansprechpartner, aber auch konsequenter Einsatzbestreiter sichtbar und spürbar präsent ist.

Auch angesichts des demographischen Wandels darf es keinen Rückzug aus der Fläche geben. Jede Polizeiwache und Funkstreife ist wichtig. Um Einsatzreaktionszeiten zu verbessern, polizeiliche Verfügbarkeit und bürgernahe Präsenz sowie Kriminalitätsvorbeugung zu ermöglichen, darf es keinen Personalabbau,

keine Schließung von Polizeiwachen oder Reduzierung von Streifenwagenbesatzungen geben. Auch einseitige Personalverlagerungen zu Lasten des ländlichen Raums lehnen wir ab. Die 18 Einsatzhundertschaften und zwei Reiterstaffeln in NRW sind Garant, dass die vielen Versammlungen, Fußballspiele, Unterstützungseinsätze gegen Kriminelle, Einsätze gegen Extremisten oder organisierte Kriminalität einschließlich späterer Gerichtsverhandlungen durchgeführt werden können. Wir wollen eine personalstarke Bereitschaftspolizei, die verstärkt vor Ort im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen für Sicherheit sorgt und gegen Straftaten konsequent einschreitet. Eine abrufbare Bereitschaftsreserve muss ständig für die Polizeibehörden vor Ort verfügbar sein.

Nordrhein-Westfalen muss endlich bei der Polizeistärke und -dichte im Ländervergleich vom Schlusslicht zum Vorreiter werden. Zusätzliche Belastungen und Aufgaben der Polizei verlangen auch ausreichendes Personal, vorhandene Aufgaben müssen mit Augenmaß überprüft werden. So gilt es Polizeivollzugsbeamte von der Begleitung von Schwertransporten und Geschwindigkeitsmessungen ohne Anhaltevorgang zu entlasten. Unsere Hauptkommissare müssen adäquat von Wach- und Objektschutzaufgaben entlastet werden.

Zudem schlagen wir vor, auch Realschülern den beruflichen Einstieg bei der Polizei wieder zu ermöglichen – unter Beibehaltung der zweigeteilten Laufbahn und des Ziels eines späteren Aufstiegs in den gehobenen Dienst.

Die Führung der Kreispolizeibehörden bzw. Polizeipräsidien muss Fachleuten obliegen, weshalb wir eine Entpolitisierung der Polizeiführung befürworten. Polizeipräsidenten sollen keine politischen Beamten mehr sein.

Qualifizierte Ermittler müssen von Verwaltungsbürokratie und Botengängen freigehalten werden. Für eine effiziente Polizeiarbeit müssen die verfügbaren technischen Möglichkeiten genutzt werden. Statt mit Block und Stift vor Ort und Abtippen am Schreibtisch muss die Ausstattung der Einsatzfahrzeuge und Beamten elektronische Datenverarbeitung am Einsatzort ermöglichen. Statt zur Vorratsüberwachung aller Bürgerinnen und Bürger müssen die Sicherheitsbehörden die technische Entwicklung zur Erleichterung ihrer Arbeit, zur Erhöhung ihrer Reichweite und schnellen Ergreifung von Tätern konsequent nutzen: Effektive Öffentlichkeitsfahndung, gezielte Sachfahndung, bürgerfreundliche Internetwachen der Polizei, elektronische Anzeigen- und Datenübermittlung – hier besteht überall Optimierungsbedarf.

Der Staat ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass den Polizeibeamten mehr Respekt, Wertschätzung und Schutz entgegengebracht wird. Wer für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt, der muss auch selbst geschützt werden. Beleidigungen und Angriffe sind konsequent und schnell zu ahnden. Selbst geringfügige Vergehen gegen Polizeibeamte sind nicht zu tolerieren. Wir wollen eine hohe Dienst- und Einsatzbereitschaft erreichen und Belastungen und Risiken bestmöglich reduzieren. Zudem wollen wir ermöglichen, dass Polizeibeamte sich auch an einen Polizeibeauftragten des Parlaments – ähnlich dem Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – als Ombudsmann wenden können.

Justiz stärken und handlungsfähiger machen

Um die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates durchzusetzen, muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Um die Voraussetzungen für eine zeitnahe Verurteilung von Straftätern zu schaffen, sind die überlasteten Strafkammern und Staatsanwaltschaften richtigerweise umfassend zu verstärken. Gesetzlich vorgesehene Rechtsinstrumente wie das besonders beschleunigte Verfahren müssen flächendeckend im Land durchgeführt werden können. Dafür müssen in jeder Kreispolizeibehörde und jedem Gerichtsbezirk die entsprechenden organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz muss umfassend verbessert werden, etwa mit regelmäßigen Sicherheitskonferenzen vor Ort. Auch gegen jugendliche Intensivtäter darf der Staat in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Den Druck für die Durchsetzung der Schulpflicht und Ausbildungsbemühungen gilt es hochzuhalten. Häuser des Jugendrechts mit spezialisierten Staatsanwälten sind endlich an allen Brennpunkten mit jugendlichen Intensivtätern bzw. Banden- oder Clanstrukturen einzurichten. Zudem sind die Auslastung und Ladungszeiten bei den Jugendarrestanstalten spürbar zu optimieren.

Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat. Brennpunkte, Rechtsfreie Räume, No-Go-Areas, Kriminalitätsbrennpunkte in den Großstädten, Rocker-Clubs und Verbrecher-Clans und sonstige organisierte und bandenmäßige Kriminalität müssen durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Sonderdezernate und personalstarke Ermittlungsgruppen konsequent ausgetrocknet werden. Durch enge Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörden, Steuerfahndung und Zoll sind kriminelle Geschäftszweige trockenlegen. Kriminelles Vermögen muss abgeschöpft, Geldwäsche verhindert und Gebietsansprüche von Clans, Rockern und Banden müssen zerschlagen werden. Daneben muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen innerdeutschen und europäischen Behörden intensiviert werden.

Einbruchs- und Straßenkriminalität wirksam stoppen

Mehr Einbrüche, weniger Festnahmen – mit über 62.000 Einbrüchen wurde 2015 in NRW ein neuer Negativrekord erreicht. Unsere Ermittler müssen bei gleichem Personal heute fast 18.000 Wohnungseinbrüche und gut 14.000 Taschendiebstähle mehr bearbeiten als im Jahr 2010. Die polizeilichen Aufklärungsquoten sind landesweit niedrig, örtlich liegen sie teilweise nur bei 5 Prozent. Wenn in NRW nur einer von einhundert Einbrechern für seine Taten ins Gefängnis geht, verdeutlicht dies die dringend notwendige Steigerung von Entdeckungsrisiko und Verfolgungsdruck.

Gut organisierte, einreisende und mobile Täterbanden erfordern durchschlagende Ermittler: Die Kripo und spezialisierte Ermittlungsgruppen müssen verstärkt und optimal aufgestellt werden, etwa indem hochqualifizierte Ermittler von banalen Tätigkeiten wie Asservatenbotengängen befreit werden und die DNA-Analyse von Tatortspuren beim LKA beschleunigt wird. Bei der Einbruchskriminalität muss für unsere Kommissariate künftig gelten: „annehmen, aufklären, abführen“ statt „aufnehmen, abheften, abhaken“. Es gilt, mit einer wirksamen Bekämpfungsstrategie die Anreise- und Fluchtwege der Täter abzuschneiden, Unterschlüpfе und konspirative Wohnungen auszuheben, Tatmuster und Bandenstrukturen systematisch aufzudecken, Vertriebskanäle konsequent auszutrocknen und mittels Sofortprogramm durch Sachfahndung entscheidende Teile der Beute zurückzuholen. Dazu braucht es gezielte Schwerpunktkontrollen, eine spürbare Kontrolldichte, gezielte Fahndung, schlagkräftige Einsatztrupps vor Ort und bei der Autobahnpolizei sowie personalstarke Ermittlungskommissionen und auf systematische Sachfahndung nach Beute spezialisierte Ermittler.

Besonders beeinträchtigt zudem zunehmende Straßenkriminalität im Bereich Trick- und Taschendiebstahl das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Seit 2010 ist die Zahl der Taschendiebstähle in NRW um 34% angewachsen. Diebstähle erfolgen oftmals durch mehrere Täter durch gezieltes Umringen, Anfassen, angehen und betreffen so die unmittelbarste Privatsphäre der Opfer. Erbeutet werden persönlichste Daten, private und amtliche Dokumente, Geldbörsen und Smartphones. Die Delikte erfolgen oft auch als räuberischer Diebstahl, Raub oder mit einhergehender sexualisierter Gewalt. So wurden allein in Düsseldorf und Köln derzeit rund 4.000 Tatverdächtige erfasst, die aus den Maghreb-Staaten stammen. Es geht nicht darum, eine bestimmte Migrantengruppe unter Generalverdacht zu stellen. Aber bei den allein reisenden Migranten aus Nordafrika handelt es sich oftmals um junge Männer, die auf der Straße groß geworden sind. Auf dieses Phänomen hat die Landesregierung nicht mit konsequenten Maßnahmen reagiert, sondern die Entwicklung nur stillschweigend beobachtet. Die Freien Demokraten fordern bereits seit zwei Jahren ein Konzept, das mit präventiven und repressiven Maßnahmen diese spezifische Tätergruppe behandelt.

Nordrhein-Westfalen braucht darüber hinaus mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen. Obwohl Fahrgäste, Kontrolleure und Fahrer immer öfter Opfer von Gewaltübergriffen und Diebstählen werden, besteht hier faktisch ein polizeifreier Raum. Die Bundespolizei ist nur für DB-Regionalverkehr und S-Bahnen zuständig. Doch auch in U- und Straßenbahnen sowie in Bussen und an Haltestellen brauchen wir ausreichende Sicherheit durch polizeiliche Sichtbarkeit. Daher gilt es die Landespolizei so in die Lage zu versetzen, dass auch hier eine wirksame Präsenz gewährleistet werden kann. Videoüberwachung nach dem Hausrecht und nach den engen Voraussetzungen des Polizeirechts an Kriminalitätsschwerpunkten bzw. Gefahrenpunkten zur Lageüberwachung soll nur dort genutzt werden, wo Polizeikräfte auch unverzüglich eingreifen können.

Keimzellen des Terrorismus in NRW unterbinden

Das Anwachsen einer offen mit dem islamistischen Terrorismus sympathisierenden Szene in Nordrhein-Westfalen darf nicht länger hingenommen werden. Die Werbung für Salafismus und Dschihad in der Öffentlichkeit muss soweit wie möglich unterbunden werden. Die Landesregierung muss den Kommunen klare Handlungsleitfäden geben, wie mittels des Ordnungsrechts und gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden

Werbeveranstaltungen wie etwa radikal-islamistische Grillfeste eingeschränkt werden können. Vereinsverbote sind verstärkt anzuwenden, sofern Dschihadisten Organisationsstrukturen aufgebaut haben. Dabei ist auch gegen bloße Tarnvereine vorzugehen, etwa solche, die sich formal als Koranverteiler oder Flüchtlingshilfeorganisationen bezeichnen, in Wirklichkeit aber Kämpfer und Geldmittel für ISIS rekrutieren bzw. sammeln. In einzelnen, oft in Hinterhöfen gelegenen autonomen Moscheen werben Hassprediger für den radikalen Islamismus und hetzen gegen Andersgläubige und vermeintlich nicht rechtgläubige Muslime. Auch hier müssen Polizei, Staats- und Verfassungsschutz personell und materiell in die Lage versetzt werden, konsequent wegen Volksverhetzung und vergleichbarer Delikte zu ermitteln. Einrichtungen, in denen wiederholt zu Straftaten aufgerufen wird, müssen geschlossen werden.

Nach Einschätzung vieler Experten erfolgt ein Großteil der Anwerbung und Radikalisierung über das Internet. Hier müssen Volksverhetzung und andere Straftaten schneller und präziser verfolgt werden. Dazu müssen Spezialeinheiten auf- und ausgebaut werden.

Präventionsprogramme wie „Wegweiser“ dürfen kein Feigenblatt sein, sondern brauchen die notwendige personelle und materielle Ausstattung. Überall, wo die Gefahr einer sich ausbreitenden extremistischen Szene besteht, muss eine entsprechende Anlaufstelle geschaffen werden. Sie muss nicht nur den Betroffenen selbst, sondern insbesondere dem Umfeld als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Politischen Extremismus und Rassismus konsequent bekämpfen

Auch der politische Extremismus wächst in Nordrhein-Westfalen. Rechtsextremisten nutzen die derzeitige Debatte über Flüchtlingspolitik, um mit gezielter Agitation gegen Geflüchtete Geländegewinne zu erzielen. Dabei machen sie auch vor konkreten Anschlägen nicht halt. Jedoch werden nicht alle Anschläge von organisierten Rechtsextremisten begangen. Die erheblich gestiegene Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte ist auch Resultat eines radikalen Meinungsklimas in den Sozialen Netzwerken, wo zum Teil offen zu Gewalt aufgerufen wird. Darum muss diese Hetze im Netz konsequent beobachtet und geahndet werden. Gewaltaufrufe müssen justiziabel sein.

Gerade Menschen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen geschützt werden. Daher dürfen Anschläge weder auf geplante noch bereits bewohnte Flüchtlingseinrichtungen hingenommen werden, sondern müssen mit hohem Fahndungseinsatz aufgeklärt werden.

Neue Phänomene wie Pegida und Hogesa, die mit der Angst vor Fremden eine Brücke von organisierten Rechtsextremisten zu unpolitischen Bevölkerungsteilen herstellen, müssen vom Verfassungsschutz konsequent überwacht werden. Eine falsche Lageeinschätzung wie bei der Hogesa-Demo am Kölner Hauptbahnhof, als nach Ausschreitungen fast 50 Polizeibeamte im Krankenhaus behandelt werden mussten, darf sich nicht wiederholen.

Bei der notwendigen Verfolgung rassistischer und rechtsextremer Straftaten darf der Staat umgekehrt keine Milde gegenüber linksextremistischen Straftätern walten lassen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn etwa im Hambacher Forst neben Sachbeschädigungen auch Menschen von linksradikalen Chaoten gezielt angegriffen werden. Auch bei linksextremistischen Krawallen muss die Polizei das Gewaltmonopol des Staates jederzeit wirksam durchsetzen.

Die Freien Demokraten sehen in der Gewährleistung der inneren Sicherheit, im Schutz von Eigentum und in der Bekämpfung von Extremismus eine Kernaufgabe des Staates, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können müssen. Wir wollen ein weltoffenes und sicheres Nordrhein-Westfalen mit einer handlungsfähigen Polizei und Justiz – dazu braucht Nordrhein-Westfalen statt öffentlichkeitswirksamer Einmalefekte endlich nachhaltige innenpolitische Gesamtkonzepte.